

Unverkäufliche Leseprobe

Gerhard A. Ritter

Hans-Dietrich Genscher
das Auswärtige Amt und
die deutsche Vereinigung



Gerhard A. Ritter
Hans-Dietrich Genscher, das
Auswärtige Amt und die deutsche
Vereinigung

263 Seiten, Gebunden
ISBN: 978-3-406-64495-5

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/11255944>

Es war seit der Kanzlerschaft Adenauers Gemeinplatz aller führenden Politiker in der Bundesrepublik, dass der Schlüssel zur deutschen Einheit in Moskau liegt. Die neue Ostpolitik der Regierung Brandt, die von der Regierung Helmut Schmidts und auch von der sozialliberalen Koalition unter Kohl und seinem die Kontinuität dieser Politik garantierenden Außenminister Genscher fortgesetzt wurde, hatte zwar zunächst zum Abbau von Spannungen mit Warschau, Moskau und Ost-Berlin geführt und Vertrauen geschaffen. Sie hat die Bundesrepublik aber dem ursprünglichen Ziel dieser Politik, einen Wandel in der DDR durch Annäherung zu bewirken und damit auch zur Lösung der deutschen Frage beizutragen, um keinen Schritt näher gebracht. Im Gegenteil, mit der einseitigen Konzentration auf die Beziehungen zu der nicht nur jede deutsche Einheit, sondern auch innere Reformen ausschließenden Führung der SED, hat sie unter Vernachlässigung oppositioneller Kräfte die DDR stabilisiert und die kommunistischen Führungskader in ihrer starren Haltung bestärkt.¹

Eine Chance zur Änderung dieser unbefriedigenden Situation bot sich seit März 1985 durch die Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär des ZK der Sowjetischen Kommunistischen Partei. In klarer Erkenntnis der Stagnation der Sowjetunion und ihrer mangelnden Anpassung an die Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und damit an den internationalen Wettbewerb setzte er sich für eine umfassende Wandlung des sowjetischen Systems durch Perestroika, dem Versuch einer Verbindung von Marx und Markt, und eine gestärkte Öffentlichkeit (Glasnost) ein. Diese Politik, die auch mit einer Verlagerung der Machtzentren von der Führung der Kommunistischen Partei auf staatliche Instanzen verbunden war², ist letztlich am Wiederaufflammen der lange unter der Decke schmorenden Nationalitätskonflikte und dem Fehlschlag der Wirtschaftsreformen gescheitert.³ Der Versuch hat jedoch einen grundlegenden Wandel der Machtverhältnisse, das Ende des Kalten

Krieges und die Überwindung der Spaltung Europas und Deutschlands bewirkt. Das war von Gorbatschow, der wie der «Zauberlehrling»⁴ in Goethes berühmtem Gedicht die von ihm ausgelösten Prozesse nicht mehr kontrollieren konnte, und seinen engsten Mitarbeitern nicht beabsichtigt worden.

Die Politik der Perestroika beruhte auf der Einsicht, dass die Krise der Sowjetunion nur durch den massiven Abbau des militärisch-industriellen Komplexes überwunden werden könne. Das hatte entscheidende Konsequenzen für die Außenpolitik. Die Begrenzung der Rüstungen wurde zu einem zentralen Anliegen der sowjetischen Politik. Ein Ergebnis dieser neuen Politik, die statt der bloßen Koexistenz unterschiedlicher politischer Systeme langfristig auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher Systeme vor allem in Europa setzte, war der Rückzug sowjetischer Truppen im Frühjahr 1989 aus Afghanistan und damit der Abbau einer kostspieligen Hypothek, die die Manövrierfähigkeit der Sowjetunion bisher begrenzt hatte. Ein entscheidendes Element des Neuen Denkens in der Außenpolitik war die Aufgabe der Breschnew-Doktrin, also der notfalls gewaltsamen Verhinderung eines Systemwechsels in einem kommunistischen Staat im sowjetischen Einflussbereich. Damit wurde die freie Wahl eines eigenen politischen Weges für jedes Land, wie sie vor allem in Polen und schließlich auch von Ungarn gefordert wurde, zur offiziellen Politik der im Warschauer Pakt zusammengeschlossenen sozialistischen Staatengemeinschaft.

Es war klar, dass eine Politik der Rüstungsbegrenzung nicht ohne die Vereinigten Staaten umgesetzt werden konnte. Aber auch Westeuropa erhielt für die Sowjetunion einen neuen Stellenwert. Zum einen zur Beeinflussung der Vereinigten Staaten, zum anderen aber wegen der Befürchtung, dass die Sowjetunion durch die zunehmende wirtschaftliche Integration in der Europäischen Gemeinschaft in eine Randposition gedrängt werden könnte. Dagegen entwickelten Gorbatschow und Schewardnadse das allerdings immer etwas vage bleibende Konzept eines «Gemeinsamen Europäischen Hauses», einer gesamteuropäischen Friedensordnung, in der auch der Antagonismus der militärischen Blöcke der NATO und des

Warschauer Paktes überwunden werden sollte.⁵ Die Schwäche dieser Konzeption lag darin, dass sie letztlich mit der Spaltung Deutschlands und dem Fortbestehen der unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systeme in der Bundesrepublik und der DDR unvereinbar war.

Die Bundesrepublik spielte in dieser Politik zunächst so gut wie keine Rolle. Vor allem aufgrund des Nachrüstungsbeschlusses des Deutschen Bundestages im November 1983 wurden die politischen Beziehungen zur Bundesrepublik Anfang 1984 eingefroren.⁶ Nach dem Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 27. 3. 1986 bemerkte Gorbatschow, dass «der Kurs, den politischen Dialog mit Kohl zu begrenzen», richtig war und weiter verfolgt werden sollte. Diese Linie gegenüber der BRD halte «auch die DDR im Zaum». Die «Abreibung für Kohl» würde zudem von den westlichen Führern gut geheißt. Man müsse «dem Kanzler noch eine Lektion erteilen» und «die Positionen von Brandt und Schmidt» berücksichtigen. Allerdings müsse man die Sachzusammenarbeit in anderen Bereichen – gedacht war vor allem an Wirtschaft und Wissenschaft – fortsetzen und auch bedenken, «dass die BRD eine gewaltige Macht ist» und man mit ihr als «Faktor auf der europäischen und welt-politischen Ebene rechnen» müsse.⁷

Die Aufweichung der harten Position gegenüber der Bundesrepublik erfolgte in einem dreistündigen Gespräch vom 21. 7. 1986 zwischen Gorbatschow und Außenminister Genscher, das auf diesen einen «tiefgreifenden Eindruck» machte.⁸ In der sowjetischen Aktenpublikation nur in zwei Dokumenten kurz erwähnt⁹, wird es in den Akten des Auswärtigen Amtes ausführlich wiedergegeben.¹⁰ Gorbatschow kritisierte den Gegensatz zwischen den friedfertigen Erklärungen der Bundesrepublik und ihren politischen Taten. Genscher wies auf die Gemeinsamkeit der Interessen am Abbau von Rüstungen, die im Mittelpunkt des Gespräches standen, hin. Er ging positiv auf Gorbatschows Konzept der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung und der Entwicklung kooperativer Strukturen zur Überwindung des Gegensatzes zwischen den militärischen Blöcken ein und betonte, dass innerhalb des NATO-Bündnisses wie auch in der Europäischen Gemeinschaft die Bundes-

republik sich intensiv für die Verbesserung der West-Ost-Beziehungen einsetze. Er betonte die Unverletzlichkeit der Grenzen, bemerkte aber, dass man sich nicht das «Gemeinsame Europäische Haus» als «geteilt» vorstellen könne. Zwar könnten sich darin «unterschiedliche und gegensätzliche Gemeinschaften» einrichten, aber die Grenzen zwischen ihnen – eine deutliche Anspielung auf die deutsch-deutsche Grenze und die Berliner Mauer – müssten ähnlich wie zwischen der Bundesrepublik und Österreich offen sein. Gorbatschow berichtete von einem Gespräch, das er auf einer Reise durch die Bundesrepublik 1975 mit einem Tankwart geführt habe, der ihn an Stalins Worte «die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk bleibt», erinnert habe; worauf er erwidert habe, dass nicht die Sowjetunion, sondern Churchill Deutschland gespalten habe und die Bundesrepublik vor der DDR gegründet worden sei. Genscher konterte mit dem Hinweis, dass das stalinsche Zitat fortfahre, dass auch das Deutsche Reich weiter bestehen bleibe.¹¹ Genscher bemerkte, dass die Frage schließlich durch die Geschichte und «alle Deutschen» beantwortet werden müsse, dass man aber jetzt daran arbeiten sollte, den bestehenden Grenzen ihre Bedeutung zu nehmen. Als Ergebnis des Besuches, der durch ausführliche Gespräche Genschers mit Schewardnadse ergänzt wurde, meinte Gorbatschow, dass man eine «neue Seite» in den gegenseitigen Beziehungen aufschlagen solle. Schewardnadse, der die Unterredung Genschers mit dem sowjetischen Parteiführer als «ein großes Gespräch über große Politik» bezeichnete¹², sprach davon, dass man ein «neues Fundament» legen sollte. Konkrete Ergebnisse des Besuches waren die Unterzeichnung eines Rahmenabkommens über die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit, die Paraphierung weiterer Abkommen der zuständigen Ressorts über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, in der Agrarforschung, im Gesundheitswesen und in der medizinischen Wissenschaft sowie Absprachen über regelmäßige Konsultationen der Außenminister und Konsultationen über politische Fragen und Fragen der Rüstungskontrolle auf der Ebene der Abteilungsleiter.

In der Bewertung des Besuches durch den Leiter der politischen Abteilung 2 des Auswärtigen Amtes Gerold von Braunmühl wird

vor «Euphorie» gewarnt und festgestellt, dass die Sowjetunion weiterhin ein «harter und schwieriger Gegner» bleibe und die Bundesrepublik hinsichtlich der Wandlungsfähigkeit der Substanz sowjetischer Innen- und Außenpolitik keine «sehr großen Erwartungen» hegen dürfe. Immerhin habe aber die Sowjetunion die bisherige «Ungleichbehandlung» gegenüber der Bundesrepublik aufgegeben bzw. erheblich nivelliert. Man habe die Bundesrepublik als Europäer angesprochen und umworben und damit auch die Erwartung verbunden, dass die Westeuropäer auf die Vereinigten Staaten einwirken. «Fortschritte in der Rüstungskontrolle, insbesondere im konventionellen Bereich, sind ohne uns nicht zu machen und Vorstellungen eines <Systems der internationalen Sicherheit> ... können zumindest in Europa auch nicht ohne uns entwickelt werden.»¹³

Die Hoffnungen auf eine grundlegende Verbesserung der bilateralen Beziehungen wurden jedoch zunächst enttäuscht. Die sowjetischen Vertreter bemängelten, dass die Verträge nicht genügend mit konkretem Inhalt gefüllt wurden. Sie wollten zudem in der Hoffnung auf einen SPD-Sieg das Ergebnis der schließlich die christlich-liberale Koalition bestätigenden Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 abwarten. Vor allem aber hatte das als ein Schlag ins Gesicht von Gorbatschow empfundene Interview Kohls für das amerikanische Magazin *Newsweek* vom Oktober 1986, in dem Kohl die propagandistische Meisterschaft des sowjetischen Generalsekretärs mit der des NS-Propagandaministers Joseph Goebbels verglich, die Beziehungen belastet.¹⁴ Die in einem vertraulichen Hintergrundgespräch gemachten Äußerungen Kohls waren ein auch von diesem später bedauertes «Kommunikationsdesaster».¹⁵ Sie entsprachen aber auch der zunächst von starkem Misstrauen gegenüber Gorbatschow geprägten Haltung Kohls und dessen Skepsis über die Erfolgsaussichten des sowjetischen Reformprogramms. Die scharfe Reaktion der sowjetischen Diplomatie auf Kohls Interview schloss jedoch weitere Kontakte Schewardnadses mit Genscher, der von Anfang an Gorbatschow sehr viel positiver beurteilte und dessen Eintreten für die Abrüstung man in der Sowjetunion mit Wohlwollen registrierte, nicht aus. Auch wollte man die Bundesrepublik nicht allein der DDR

überlassen. In Moskau war man sich Ende 1986 der Schwäche der Position Honeckers, für den die Perestroika eine Abweichung vom Leninismus bedeutete, bewusst. So bemerkte Gorbatschow in einem Gespräch mit Beratern am 29. 9. 1986: «Alle sozialistischen Länder sind verwundbar – wir können sie alle verlieren. Die DDR ist stärker als die anderen, aber einer Vereinigung mit der BRD kann sie nicht widerstehen, d.h. auch auf Kosten des Sozialismus.»¹⁶

Genscher hat in einer Unterredung mit Schewardnadse am Rande einer Wiener KSZE-Folgekonferenz am 4. 11. 1986 versucht, das von Kohl nicht autorisierte «Goebbels-Interview» unter Hinweis auf dessen Distanzierung von seinen angeblich falsch wiedergegebenen Äußerungen in einem Interview für die *Welt* am 2. 11. 1986 zu entschärfen.¹⁷ Knapp drei Monate später forderte er in einer vielbeachteten, von manchen Zeitgenossen als moderne Spielart der Appeasement-Politik und des «Genscherismus» kritisierten Rede in Davos am 1. 2. 1987 den Westen zur Zusammenarbeit mit Gorbatschow auf: «Nehmen wir Gorbatschow ernst, nehmen wir ihn beim Wort.»¹⁸

Eine deutliche Entspannung der deutsch-sowjetischen Beziehungen wurde schließlich durch den Besuch von Bundespräsident Weizsäcker in Moskau vom 6. bis 11. Juli 1987 bewirkt. In einem Gespräch vom 7. Juli, das in den sowjetischen Dokumenten¹⁹ wie auch in den Akten des Auswärtigen Amtes ausführlich dokumentiert wird, standen bilaterale Fragen im Mittelpunkt. Gorbatschow beschwerte sich darüber, dass die neue Seite, die man nach dem Besuch von Genscher aufschlagen wollte, unausgefüllt geblieben sei und selbst die Entwicklungen der 1970er-Jahre in Gefahr gerieten.²⁰ Die Sowjetunion sei sich des Gewichtes und des Potenzials der Bundesrepublik und ihrer Möglichkeiten, «sich an den Veränderungen zum Besseren der Gesamtlage in der Welt und in Europa» zu beteiligen, bewusst und zu einem «ernsthaften, dauerhaften und fundierten politischen Dialog» mit ihr bereit.²¹ Weizsäcker griff Gorbatschows Gedanken eines «Gemeinsamen Europäischen Hauses» positiv auf, unterstrich die deutsche Unterstützung der Perestroika und des Wunsches enger Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft mit der Sowjetunion. Es

war dann Gorbatschow, der Äußerungen in der Bundesrepublik, dass die «deutsche Frage» offen sei und dass die Vereinbarungen von Jalta und Potsdam «unrechtmäßig» wären, mit scharfer Kritik als eine Abwendung von den Ostverträgen ansprach. Man habe Zweifel daran, ob die Führung der BRD gesonnen sei, sich konsequent an den Moskauer Vertrag zu halten, «oder ob sie die Linie verfolgt, ihn mit ihrer praktischen Politik auszuhöhlen». Weizsäcker betonte die Vertragstreue der Bundesrepublik, wies aber auf die Zugehörigkeit der Deutschen zu einer Nation hin, die als «Motor auf dem Weg des Fortschritts in Europa» und nicht als «Quelle von Störungen oder Hindernissen» angesehen werden sollte. Gorbatschow wollte sich auf philosophische Diskussionen über den Begriff der Nation nicht einlassen, unterstrich aber den politischen Aspekt, dass es zwei deutsche Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung gibt und jeder seinen «Beitrag zur Sache Europas und des Friedens leisten» könne.²² Im deutschen Protokoll, aber nicht im sowjetischen Bericht wird ergänzt, dass Gorbatschow eingeräumt habe, «daß über die Lage in Europa und in der Welt in hundert Jahren die Geschichte entscheiden werde». Er habe aber auch ganz deutlich gemacht, wie er sich unsere Rolle heute vorstellt. «Wenn Sie einen anderen Weg einschlagen, dann ist das sehr gefährlich. Hier muß volle Klarheit bestehen.»²³

Genscher hat aus dem Hinweis auf die Geschichte in der Nachbetrachtung mit dem von Gorbatschows Äußerungen enttäuschten Bundespräsidenten gefolgert, dass Gorbatschow zwar einen langen Zeitraum vorsehe, «im Grunde habe er damit aber gesagt, die deutsche Frage sei offen. Das sei die eigentliche Botschaft.»²⁴ Eine derart optimistische Wertung findet in den zeitgenössischen Analysen dieses Gespräches jedoch keine Stütze. Im Protokoll einer Sitzung des Politbüros vom 16. 7. 1987 betonte Gorbatschow, dass man den Deutschen zu verstehen gegeben habe, «dass wir mit einer Revision der Ergebnisse des Krieges nicht einverstanden sind».²⁵ In der insgesamt durchaus positiven Bewertung des Besuchs im Auswärtigen Amt wird das Aufwerfen der deutschen Frage durch den Gastgeber einerseits als Reaktion auf bundesdeutsche Diskussionen, die Frage der Wiedervereinigung zur Sprache zu bringen und Spekulationen

über das Ausspielen der deutschen Karte durch die Sowjetunion interpretiert. Darin sah man ferner auch eine Antwort auf Ratschläge zur Aufgabe des Wiedervereinigungsanspruchs zum Beispiel in der Wochenschrift *Die Zeit*. «Den einen sollte eine Lektion erteilt, die anderen sollten ermuntert werden. Gorbatschow machte klar, daß *auch im Zuge des ‹Neuen Denkens›* bezüglich Wiedervereinigung *keine Änderung* erwartet werden darf. Dies geschah eindeutig und ohne taktische Winkelzüge.» Die «schroffe sowjetische Klarstellung» habe immerhin den Vorzug, «daß sie weiteren Spekulationen darüber, die SU werde in nächster Zeit die deutsche Karte ausspielen, den Boden entzieht».²⁶

Schewardnadse hat später in seinem 1993 veröffentlichten Buch «Die Zukunft gehört der Freiheit» ausgeführt, dass er schon 1986 über die deutsche Einheit nachgedacht habe²⁷ und der außenpolitische Berater Gorbatschows Anatolij Tschernjajew deutet an, dass auch Gorbatschow die Trennung der großen deutschen Nation «auf immer und ewig als unnatürlich» empfunden habe.²⁸ Obwohl es offenbar in den Institutionen der KPdSU seit etwa 1986 Diskussionen über eine mögliche deutsche Vereinigung gab, findet sich jedoch in den Quellen kein Hinweis darauf, dass vor dem Fall der Mauer am 9. 11. 1989 von führenden sowjetischen Politikern eine Aufgabe der DDR oder eine Einheit Deutschlands ernsthaft in Erwägung gezogen wird.

In den folgenden Monaten und Jahren ist die deutsche Frage immer wieder von bundesdeutschen Politikern bei Gesprächen in Moskau angeschnitten worden. Franz Josef Strauß führte in einem aufschlussreichen Gespräch mit Gorbatschow am 29. 12. 1987 aus, dass wir «die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands» nicht forcieren. «Es können zehn, fünfzig oder hundert Jahre vergehen. Aber wir wissen, dass sich der Schlüssel zur Lösung dieses Problems in Moskau und nicht in Washington befindet.»²⁹ Schon vor dem Besuch von Strauß hatten sich die bilateralen Beziehungen, vor allem aufgrund der bundesdeutschen Unterstützung eines Abkommens über die weltweite Abschaffung der auf dem Land stationierten nuklearen Mittelstreckenraketen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometern,

entspannt. Es war der Sowjetunion natürlich bekannt, dass sich insbesondere Genscher, aber schließlich auch der zunächst zögerliche Kohl, gegen erhebliche Widerstände in der CDU/CSU für die doppelte Nulllösung und auch für den Verzicht auf die im Besitz der Bundeswehr befindlichen 72 Pershing-Ia-Raketen, deren atomare Sprengköpfe allerdings im amerikanischen Gewahrsam waren, in der Bundesrepublik eingesetzt hatten.³⁰

In dem von langer Hand vorbereiteten, endlich am 24. 10. 1988 zustande gekommenen Besuch des Kanzlers in Moskau sprach Kohl pflichtbewusst die deutsche Frage als ein Problem an, in dem man nicht übereinstimme. «Wir Deutschen sagen, daß die Teilung nicht das letzte Wort der Geschichte ist ... Vielleicht muß man sehr lange warten ... Wenn wir sagen, dass die Nation eine Einheit ist, dann haben wir eine Chance im Blick, die sich vielleicht in einigen Generationen eröffnen kann.» Gorbatschow bemerkte dazu, dass die Geschichte so entschieden hat, dass die Realität der Teilung entstanden ist. «Wenn man sagt, dass die Frage der Vereinigung offen sei, wenn man sie auf dem Niveau des politischen Denkens der 40er und 50er Jahre lösen möchte, dann ruft dies nicht nur bei uns, sondern auch bei ihren Nachbarn im Westen eine Reaktion hervor. Einerseits werden die Realitäten anerkannt, andererseits wird andauernd die Vergangenheit wiederbelebt. Kann man einer Regierung trauen, wenn sie Ansprüche an ihre Nachbarn aufrecht erhält?»³¹

Der Gegenbesuch Gorbatschows in der Bundesrepublik Mitte Juni 1989 wurde zu einem Triumphzug des sowjetischen Generalsekretärs, der von der deutschen Bevölkerung begeistert als Reformers der Sowjetunion und Mann des Friedens empfangen wurde. In der «Gemeinsamen Erklärung» der Bundesrepublik und der Sowjetunion vom 13. Juni³² einigten sich die beiden Staaten zur Überwindung der Spaltung Europas auf ein umfassendes Programm der Zusammenarbeit zur Sicherung des Friedens und des Abbaus von Rüstungen, zum Schutz der Umwelt, zur Verwirklichung der Menschenrechte, zum stufenweisen Aufbau der gesamteuropäischen Zusammenarbeit und der verstärkten wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Kooperation. Im deutschen Interesse

war insbesondere die ausdrückliche Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Staaten. Nach Gorbatschow, der auch die Einwirkung Europas auf die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen hervorhob, spielten auf «dem europäischen Kontinent offenkundig die Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD eine Schlüsselrolle». Von ihnen hänge «die Zukunft Europas» ab.³³ Die neue, ausgesprochen positive Bewertung der Beziehungen zur Bundesrepublik beruhte nicht zuletzt darauf, dass es Außenminister Genscher, der in einem längeren Gespräch den amerikanischen Außenminister Baker für seine Position gewann, mit der schließlich auch von Kohl gewährten Unterstützung gelang, auf der NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel vom 29./30. Mai 1989 den drohenden Beschluss zur Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen, die wegen ihrer Reichweite besonders die DDR, Polen und die ČSSR gefährdet hätten, bis 1992 zu verschieben³⁴ und damit – wie sich später zeigen sollte – endgültig zu verhindern.

Die Frage der deutschen Einheit wurde in den Diskussionen nur am Rande mit der Bemerkung Kohls, dass er keinen Sinn darin sehe «über diese Sache von morgens bis abends zu streiten», angesprochen.³⁵ Im Übrigen betonte der Bundeskanzler, der die Reformunwilligkeit Honeckers scharf kritisierte und sie für die Spannungen in der DDR verantwortlich machte, dass er kein Interesse an der Destabilisierung der DDR habe.³⁶ In seinen Memoiren erwähnt Kohl, dass er bei einem gemeinsamen, nur von einem Dolmetscher begleiteten Spaziergang am Rhein auf den Fluss gezeigt und zu Gorbatschow gesagt haben soll: «Schauen Sie sich den Fluss an, der an uns vorbeiströmt. Er symbolisiert die Geschichte; sie ist nichts Statisches. Sie können diesen Fluss stauen, technisch ist das möglich. Doch dann wird er über die Ufer treten und sich auf andere Weise den Weg zum Meer bahnen. So ist es auch mit der deutschen Einheit. Sie können ihr Zustandekommen zu verhindern suchen. Dann erleben wir beide sie vielleicht nicht mehr. Aber so sicher wie der Rhein zum Meer fließt, so sicher wird die deutsche Einheit kommen – und auch die europäische Einheit ... Michael Gorbatschow hörte sich meine Überlegungen an, widersprach mir nicht mehr»³⁷